

Zur Entwicklung der österreichischen Wirtschaft in der EU von 1945 bis 2005

On the Development of the Austrian Economy in the EU from 1945 to 2005

Yamina NEHAL 
Universität Oran 2/ ALGERIEN
nehalyamina@gmail.com

Erhalten: 30/04/2024,

Akzeptiert: 17/09/2024,

Veröffentlicht: 10/12/2024

Zusammenfassung

In den vergangenen Jahrzehnten hat Österreich eine bemerkenswerte wirtschaftliche Entwicklung durchlaufen, die sowohl durch interne Reformen als auch durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU) geprägt wurde. Vom Schutt des Zweiten Weltkriegs bis hin zu einem der wohlhabendsten EU-Länder hat Österreich eine erstaunliche Metamorphose erlebt und sich zu einem bedeutenden Akteur auf der globalen Bühne entwickelt. Die vorliegende Arbeit untersucht die österreichische Wirtschaft vor und nach dem EU-Beitritt im Jahr 1995. Der Artikel bietet zunächst einen Überblick über die historischen und wirtschaftlichen Bedingungen Österreichs vor dem EU-Beitritt. Dabei werden die Herausforderungen, denen das Land nach dem Zweiten Weltkrieg gegenüberstand, sowie die entscheidenden Schritte zur wirtschaftlichen Erholung und Modernisierung beleuchtet. Insbesondere wird die Rolle des Marshallplans sowie die Verstaatlichung großer Industriebetriebe hervorgehoben. Im Anschluss erfolgt eine Fokussierung auf die Zeit nach dem EU-Beitritt, in der Österreich umfassende strukturelle Veränderungen durchlief. Die Liberalisierung verschiedener Sektoren, die Privatisierung von Unternehmen sowie die Integration in den gemeinsamen europäischen Markt werden als entscheidende Elemente dieses Prozesses betrachtet. Besondere Beachtung findet der Dienstleistungssektor, insbesondere der Tourismus, der Handel und das Bankwesen, welche einen maßgeblichen Beitrag zur ökonomischen Dynamik des Landes leisten.

Schlüsselwörter: Österreich. Wirtschaftliche Entwicklung. Europäische Union (EU). Zweiter Weltkrieg. Marshallplan. Verstaatlichung. Liberalisierung. Privatisierung. Dienstleistungssektor. Tourismus.

Abstract

In recent decades, Austria has undergone remarkable economic development, shaped by both internal reforms and membership in the European Union (EU). From the rubble of the Second World War to becoming one of the wealthiest EU countries, Austria has experienced a remarkable transformation and emerged as a significant player on the global stage. This paper examines the Austrian economy before and after its accession to the EU in 1995. The article begins by providing an overview of Austria's historical and economic conditions prior to EU accession. It explores the challenges faced by the country after World War II, as well as the crucial steps taken towards economic recovery and modernization. In particular, the role of the Marshall Plan and the nationalization of major industrial enterprises are highlighted. Subsequently, the focus shifts to the period following EU accession, during which Austria underwent comprehensive structural changes. The liberalization of various sectors, the privatization of companies, and integration into the common European market are considered pivotal elements of this process. Special attention is given to the services sector, especially tourism, trade, and banking, which

make significant contributions to the country's economic dynamism.

Keywords: Austria. Economic development. European Union (EU). Second World War. Marshall Plan. Nationalization. Liberalization. Privatization. Services sector. Tourism.

* **Entsprechender Autor:: Yamina NEHAL**

Langues & Cultures / © 2024 The Authors. Published by the University of Adrar, Algeria.

This is an open access article under the CC BY license (<http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>)

Einleitung

Österreich ist ein hochentwickeltes Industrieland mit einem schnell wachsenden Dienstleistungssektor. Gemessen am Pro-Kopf-Einkommen stellt die österreichische Land- und Forstwirtschaft einen produktiven Wirtschaftszweig dar, wodurch Österreich zu den reichsten EU-Ländern zählt. Als Mitglied der EU und der Europäischen Währungsunion ist die österreichische Wirtschaft stark mit anderen EU-Ländern, insbesondere mit Deutschland, verbunden. In diesem Artikel wird zunächst die österreichische Wirtschaftslage vor dem Beitritt zur EU präsentiert, insbesondere die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als ganz Europa stark zerstört war. Es werden Fragen aufgeworfen wie: Wie sah die österreichische Wirtschaft vor dem EU-Beitritt aus? Wie gelang es, die Wirtschaft nach dem Krieg wiederaufzubauen? Um diese Fragen zu beantworten, ist es zunächst erforderlich, die wirtschaftliche Lage Österreichs unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg zu beleuchten. Anschließend wird versucht, die österreichische Wirtschaft nach dem Beitritt zur EU, insbesondere von 1995 bis 2005, zu analysieren. Ein zentraler Aspekt dieses Artikels ist die Rolle der Europäischen Union in der österreichischen Wirtschaft und welche Beiträge die EU zur österreichischen Wirtschaftsentwicklung leistet. Bereits bekannt ist, dass Österreich der EU beigetreten ist, um den wirtschaftlichen Aufschwung zu fördern. Es wird untersucht, welche Situation in Österreich vor diesem Beitritt in Bezug auf Industrie, Landwirtschaft, Handel und Tourismus herrschte.

1. Die österreichische Wirtschaft vor dem EU-Beitritt

Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte Österreich zu den ärmsten Ländern Europas; seine Wirtschaft war in schlechtem Zustand. Österreich war total zerstört: die Fabriken, Straßen, Eisenbahnen usw. waren zerstört. Es herrschte ein Mangel an Kohle und anderen Rohstoffen, wodurch die Produktion der Industrie niedrig war und die Menschen unter Hunger litten. Österreich sah sich mit einer Notlage konfrontiert, bedingt durch den Zweiten Weltkrieg, und brauchte natürlich Hilfe von außen. In den Jahren 1945/46 erhielt Österreich Lebensmittel- und Wirtschaftshilfen von der Sowjetunion, den USA, der UNO, der Schweiz, Skandinavien und Kanada, um die österreichische Bevölkerung vor dem Verhungern zu bewahren. Die Situation verbesserte sich durch die einsetzende Marshallplan-Hilfe (ERP) im Jahr 1948, die den wirtschaftlichen Aufschwung einleitete und den Schilling als Zahlungsmittel wieder einführte, indem die Reichsmark ersetzt wurde. Das Ziel der Marshallplan-Hilfe war der Aufbau einer selbstständigen Wirtschaft. Dank der Marshallplan-Hilfe konnte Österreich seine Ökonomie

rasch modernisieren und die Energieversorgung ausbauen. Die Marshallplanhilfe ermöglichte den Wiederaufbau österreichischer Industriebetriebe. Am 2. Juli 1948 wurde das Abkommen zum Marshall-Plan zwischen den USA und Österreich geschlossen. Österreich bekam Hilfe in Form von Investitionsgütern wie Traktoren und Maschinen. Das europäische Aufbauprogramm (ERP) wurde am 5. Juni 1947 geschaffen, und Österreich trat ein Jahr später bei. Auch der österreichische Beitritt zur Organisation für Europäische Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC) war damit verbunden, denn diese Organisation war verantwortlich für die Durchführung des Plans. Aus dieser OEEC ging die heutige OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) hervor. Österreich erhielt rund 97 Dollar Direkthilfe pro Kopf, und so war es eines der größten Empfänger der Wiederaufbauhilfe, mehr als das Doppelte des OEEC-Niveaus. Bis 1953 erhielt Österreich im Allgemeinen Hilfslieferungen aus den USA im Wert von rund 962 Millionen Dollar. Der Schilling ersetzte die Reichsmark als Zahlungsmittel, daher musste Österreich den Schilling stabilisieren und den Staatshaushalt möglichst ausgleichen. Vor dem Zweiten Weltkrieg war Österreich schwach industrialisiert und musste erst nach dem Krieg eine Industrie errichten. Wie Deutschland musste Österreich Reparationszahlungen an die Sowjetunion leisten. Daher galt Österreich als besonders förderungswürdig. (New.at., 2007)

Österreich konzentrierte sich nicht nur auf Hilfe von außen, sondern musste sich selbst ausbauen, um eine solide Basis für einen wirtschaftlichen Aufschwung zu schaffen. Dies geschah durch die Verstaatlichung. Das erste Verstaatlichungsgesetz betraf Unternehmen der Industrie, drei große Banken sowie die Kohle-, Erdöl-, Eisen- und Stahlindustrie sowie Teile der Elektro-Maschinen. Das zweite Verstaatlichungsgesetz betraf die gesamte Elektrizitätswirtschaft. Die Verstaatlichung wurde in Erwägung gezogen, da Privatinvestoren nach dem Zweiten Weltkrieg kaum vorhanden waren. Man wollte durch diese Maßnahme einen Zugriff der Alliierten auf das ehemals deutsche Eigentum unterbinden. Von 1952 bis 1960 amtierte der Finanzminister Kamitz, der als Vater des österreichischen Wirtschaftswunders galt (New.at., 2007). Kamitz verfolgte zusammen mit Bundeskanzler Julius Raab eine Politik der sozialen Marktwirtschaft. Er liberalisierte die Wirtschaftspolitik (Förderung der Privatwirtschaft), konsolidierte das Budget (den Schilling als Hartwährung) und verminderte die direkte Einkommensbesteuerung. Gleichzeitig baute er die verstaatlichte Industrie weiter aus. (Rauscher, 2002, S. 106)

Nach dieser Verstaatlichung wurden große Industriebetriebe unter Schwierigkeiten wiederaufgebaut (z.B. Voestalpine – in Linz, die im Jahre 1973 gegründet wurde). Laut Marianne Rauscher hatte die Österreichische Industrieholding AG (ÖIAG) im Jahr 1970 103.000 Beschäftigte. Im Jahr 1973 wurde die VOEST Alpine geschaffen. Die Edelstahlwerke wurden in den Werken der VEW konzentriert, und die Chemiebetriebe wurden mit der Österreichischen Mineralölverwaltung (ÖMV) zusammengeführt. Das von VOEST im Jahr 1949 entwickelte LD-Stahlherstellungsverfahren fand weltweite Anerkennung und Verbreitung. (Rauscher, 2002, S. 106)

In Dürnkrut im Tullnerfeld wurde ein großes kalorisches Kraftwerk gebaut, um die Infrastruktur von Zwentendorf zu nutzen. Dadurch wurde die österreichische Wirtschaftslage

wegen der internationalen Erdölkrise von 1973/74 wesentlich beeinflusst. Ab 1977 sah sich die österreichische Wirtschaft mit vielen Schwierigkeiten konfrontiert, insbesondere im Schwerindustrie- und Textilbereich. Viele Arbeitsplätze gingen aufgrund großer Insolvenzen verloren, was die Arbeitslosigkeit verstärkte. 1978 begann die Krise bei Kreditinstituten, und ab 1980 griff die Krise auch auf die Länderbanken über. Als Konsequenz wuchs ab Mitte der 70er-Jahre das Budgetdefizit, das im Jahr 1982 seinen ersten Höhepunkt erreichte. Die Wirtschaftslage Österreichs verschärfte sich aufgrund der schlechten Außenhandelsbilanz. Im Jahr 1984 gab es eine tendenzielle Verbesserung, aber diese wurde durch eine ernste Krise der VOEST (Intertrading) im Jahr 1985 zunichte gemacht. Auch VEW und Chemie Linz sowie die Waffenfabrik Noricum waren betroffen. (Rauscher, 2002, S. 107) Die Reduzierung der Neuverschuldung und die Verringerung der Schulden aus der Ära Kreisky gehören zur Budgetpolitik. Der österreichische Verkehrssektor wurde durch neue Bauwerke verbessert; die Wiener U-Bahn wurde ausgebaut, der Bahnverkehr wurde verbessert und der Flughafen Wien wurde erweitert.

In der Wirtschaftspolitik in den Jahren 1989-1993 wurden Steuerreformen eingeführt, die zu einem Anstieg der Beschäftigungszahlen führten. Daher war zusätzliche ausländische Arbeitskräfte erforderlich. Im Jahr 1992 gab es Rückschläge aufgrund des Defizits bei der AMAG und der Auflösung der Austrian Industries. Es wurden günstige Bedingungen für ausländische Investitionen geschaffen, um Arbeitsplätze in der Industrie zu sichern. Die Zahl der Industriebeschäftigten sank von 680.000 im Jahr 1974 auf 480.000 im Jahr 1994. Um zukünftige Märkte zu erschließen und aufgrund der günstigeren Arbeitskosten investierten österreichische Firmen im Ausland, insbesondere in den östlichen Nachbarstaaten. (Rauscher, 2002, S. 107)

2. Die österreichische Wirtschaft nach dem EU-Beitritt ab 1995 bis 2005

Seit seinem Beitritt zur Europäischen Union im Jahr 1995 hat Österreich tiefgreifende strukturelle Veränderungen durch die Liberalisierung im Telekom- und Energiesektor sowie die Privatisierung von Banken und Industrien erfahren. Heute zählt Österreich zu den reichsten Staaten sowohl in der EU als auch weltweit, gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Einwohner. Das Land ist ein hoch entwickeltes Industrieland mit einem bedeutenden Dienstleistungssektor. Zu den wichtigsten Industriezweigen gehören Nahrungs- und Genussmittel, Maschinen- und Stahlbau, Chemie und Fahrzeuge. Besonders die Motoren- und Getriebeproduktion spielt eine bedeutende Rolle.

Im Laufe eines Jahres werden etwa 800.000 Motoren produziert, die in zahlreichen renommierten Automobilmarken Verwendung finden. Österreich hat sich insbesondere im Bereich der elektronischen Technologie, speziell bei maßgeschneiderten Elektronikprodukten wie Chips und integrierten Schaltkreisen (für die Entwicklung von Chips für Airbags, ABS-Bremssysteme, Komponenten für Airbus oder Hochgeschwindigkeitszüge usw.), international einen Namen gemacht. Im Jahr 2002 belief sich das Bruttoinlandsprodukt auf 204.066 Millionen Dollar, was einem realen Wachstum von 1% gegenüber dem Vorjahr (2001) entspricht. Von diesem Wert entfielen 2% auf den Agrarsektor, 31% auf die Industrie und 67% auf

Dienstleistungen. (Alexandra Elmer, Helmut Wohnout, 2005, S. 102) Gemäß den Untersuchungen von Elmer und Wohnout trugen im Jahr 2004 der Dienstleistungssektor mit etwa 67,5%, der Industriesektor mit 30,3% und die Land- und Forstwirtschaft mit 2,2% zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bei. Die Bruttowertschöpfung stieg im Jahr 2004 um fast 2%, was eine doppelte Steigerung im Vergleich zu den Vorjahren darstellt. In Bezug auf die Beschäftigungssituation ist die Anzahl der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft zurückgegangen, während sich seit 1973 die Anzahl der Dienstleistungsarbeitsplätze verdoppelt hat. (Alexandra Elmer, Helmut Wohnout, 2005, S. 81)

Die österreichische Industrie charakterisiert sich durch eine vorwiegend klein- und mittelständische Struktur, die kontinuierliches Wachstum verzeichnet und sie an die Spitze der EU-Industrielländer führt. Seit 1985 hat der Anteil Österreichs an der industriellen Produktion auf über 2,7% zugenommen. Nach dem EU-Beitritt verfügen 40% der Unternehmen über weniger als zehn Beschäftigte, während knapp 80% weniger als 100 Mitarbeiter beschäftigen. Lediglich 1,4% der Industriebetriebe beschäftigen mehr als 1.000 Personen (Alexandra Elmer, Helmut Wohnout, 2005, S. 102). Der österreichische Industriesektor nimmt einen der größten Plätze gemessen am Bruttoinlandsprodukt ein und verzeichnete im Jahr 2003 eine Produktionssteigerung um 1,4%. Im Jahr 2004 stieg die nominale Industrieproduktion um 9,39% auf 100 Milliarden Euro, während die Beschäftigtenzahl relativ stabil blieb. Sie setzt sich hauptsächlich aus Maschinen- und Stahlbau, der Kfz-Branche, chemischer Industrie, Elektro- und Elektronikindustrie, Informationstechnologie, Biotechnologie, Medizintechnik sowie Wasser- und Umwelttechnik zusammen. Die Produktion von Sachgütern verzeichnete einen realen Anstieg um 4,6%, unterstützt durch die internationale Nachfrage, was zu einem Umsatzplus von 11,1% führte. Exporte bleiben ein bedeutender Motor der Industriekonjunktur, mit einem Anstieg um 12,5% im Jahr 2004.

Österreich verfügt über bedeutende Industriemineralien wie Salz oder Kalk neben Eisenerz und Energierohstoffen. Die Produktion von Eisen- und Eisenglimmer belief sich im Jahr 1996 auf 1,85 Millionen Tonnen. Nach dem österreichischen Beitritt in die EU spiegelt sich in rund 40% der Unternehmen eine Beschäftigtenzahl von weniger als zehn Arbeitnehmern wider; knapp 80% aller österreichischen Industrieunternehmen beschäftigen weniger als 100 Arbeitnehmer, und nur 1,4% der heimischen Industriebetriebe haben mehr als 1.000 Beschäftigte. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt besitzt Österreich einen der weltweit größten Industriesektoren. Im Jahre 2003 stieg die Industrieproduktion um 1,4%, wie die Ergebnisse der Statistik Austria zeigen. (Emmerich Tàlos, Elisabeth Horvath., 2000, S. 94)

2.1.Land- und Forstwirtschaft

Die Land- und Forstwirtschaft Österreichs präsentiert sich durch ihre Kleinstrukturierung und den Fokus auf Qualität, bedingt durch die geographische Lage und den EU-Beitritt, der die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigte. Etwa die Hälfte der Gesamtfläche Österreichs ist von Wald bedeckt, wobei Waldbestände 18% der Fläche ausmachen. Die landwirtschaftliche Nutzung erstreckt sich über 41% der Fläche, wobei 5% der Erwerbstätigen in diesem Sektor beschäftigt sind. Österreich hat sich auf den Bereich der biologischen Landwirtschaft

spezialisiert und beheimatet die höchste Dichte an Biobetrieben in der EU, mit einem Anteil von etwa 10% und rund 20.000 Biobauern. Dieser Sektor, zusammen mit dem Bergbau, bildet den primären Sektor der österreichischen Wirtschaft, der etwa 2% des Bruttoinlandsprodukts ausmacht. (Alexandra Elmer, Helmut Wohnout, 2005, S. 109)

Die Land- und Forstwirtschaft Österreichs zeichnet sich durch einen klaren Fokus auf Qualität, Umweltschutz und die Bereitstellung erneuerbarer Rohstoffe und Energieträger aus. Ein beachtlicher Anteil von etwa 18.700 Betrieben arbeitet ohne den Einsatz chemischer oder gentechnischer Hilfsmittel. Im Jahr 2004 erstreckte sich die biologisch bewirtschaftete Fläche auf etwa 350.000 Hektar. Das Österreichische Programm für eine Umweltrechte und den natürlichen Lebensraum schützende Landwirtschaft (ÖPUL) fördert die umweltschonende Bewirtschaftung, wobei im Jahr 2003 75% der Betriebe teilnahmen (Alexandra Elmer, Helmut Wohnout, 2005, S. 110). Österreich verfügt über eine Vielzahl kleiner und mittlerer bäuerlicher Betriebe, deren Durchschnittsgröße unter dem EU-Durchschnitt liegt. Etwa 7,5 Millionen Hektar der landwirtschaftlichen Nutzfläche befinden sich in Berggebieten. Der Weinanbau spielt eine wichtige Rolle und dient als bedeutender Exportartikel, wobei Deutschland der größte Abnehmer ist. Neben Wein wird auch Tabak angebaut, vor allem in der Steiermark. Die Forstwirtschaft und die holzverarbeitende Industrie nehmen eine bedeutende Stellung ein, da rund 47% der Landfläche Österreichs mit Wald bedeckt sind. Österreich zählt zu den fünf größten Holzexporteuren der Welt und wies im Jahr 2003 den viertgrößten Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoinlandsverbrauch auf, wobei Holz und Wasserkraft dominierende Positionen einnehmen. (Alexandra Elmer, Helmut Wohnout, 2005, S. 111)

2.2. Dienstleistungen

Der Dienstleistungssektor in Österreich wird vor allem durch den Tourismus, den Handel und das Bankwesen dominiert. Diese Dienstleistungen stellen den größten Anteil der Wirtschaftsleistungen des Landes dar und machten im Jahr 2004 etwa 67,1% des österreichischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) aus. Gemäß den Untersuchungen von Elmer und Wohnout ist dieser Sektor der am schnellsten expandierende Wirtschaftszweig (Alexandra Elmer, Helmut Wohnout, 2005, S. 104). Die Dienstleistungsbranche erwirtschaftete somit zwei Drittel des BIP und liegt damit im EU-Durchschnitt. Ein wesentlicher Aspekt dieses Sektors ist die kontinuierliche Schaffung neuer Arbeitsplätze im Inland. Der Handel stellt einen bedeutenden Wirtschaftszweig im österreichischen Dienstleistungssektor dar und trägt mit rund 12,8% zum BIP bei. In den letzten Jahren wurde die höchste Dynamik bei Unternehmensgründungen im Handelsbereich verzeichnet. Im Jahr 2004 beschäftigte dieser Sektor 498.321 Mitarbeiter, wobei rund 234.000 Beschäftigte auf den Einzelhandel entfielen. Seit dem Jahr 1992 ist eine Abnahme sowohl der Anzahl der Bankfilialen als auch der tätigen Kreditinstitute in Österreich zu verzeichnen. Die ursprüngliche Zielsetzung der ersten Banken Österreichs zu Beginn des 18. Jahrhunderts bestand in der Finanzierung der Bedürfnisse der damaligen absolutistischen Machthaber. Im Verlauf der industriellen Revolution jedoch änderte sich diese Funktion des Bankwesens, was zu seiner heutigen Bedeutung führte. Der Wandel des Bankwesens in Österreich vollzog sich insbesondere im Kontext einer gestärkten Gesamtwirtschaft des Landes. Dies geschah sowohl durch die Privatisierung und Übernahmen

von zuvor weitgehend verstaatlichten Banken als auch durch den Fall des Eisernen Vorhangs, der den nunmehr finanziell gefestigten Banken eine einzigartige Expansionsmöglichkeit bot. (Alexandra Elmer, Helmut Wohnout, 2005, S. 104)

Der Tourismus fungiert als bedeutender Beschäftigungsmotor der österreichischen Volkswirtschaft und nimmt innerhalb der Freizeitwirtschaft eine dominierende Position im internationalen Wettbewerb ein. Die Bedeutung des Tourismus und der Freizeitwirtschaft für die österreichische Volkswirtschaft wird insbesondere durch die Kombination von Kultur, Geschichte, Landschaft, Sport, Animation und Betreuung hervorgehoben. Der direkte Anteil der Tourismuswirtschaft an der Wertschöpfung in Österreich lag zuletzt bei 9,8%. Diese Wirtschaftsleistung wird von etwa 40.000 Betrieben mit rund 220.000 Beschäftigten erbracht. Im Gastgewerbe stieg die Zahl der Arbeitsplätze innerhalb von fünf Jahren um durchschnittlich 1,4% pro Jahr, während das gesamtwirtschaftliche Beschäftigungswachstum bei jährlich 0,6% lag (Alexandra Elmer, Helmut Wohnout, 2005, S. 106). Laut einer Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) wird bis 2010 ein jährlicher Zuwachs von 1% oder 1,5% an Beschäftigten im Gastgewerbe erwartet (Gassler, 2010). Die Zahl der ausländischen Gästeankünfte in Österreich ist weiterhin gestiegen und erreichte einen neuen Rekordwert. Im Jahr 2004 betrugen die Einnahmen aus dem Tourismus von ausländischen Gästen rund 15 Milliarden Euro, wodurch sich Österreich laut der Welttourismusorganisation (WTO) weltweit an siebter Stelle positioniert (Alexandra Elmer, Helmut Wohnout, 2005, S. 107). Die Alpenrepublik zählt nach wie vor zu den tourismusintensivsten Ländern der Welt, mit 28,5 Millionen Ankünften im Jahr 2003 und 117,2 Millionen Nächtigungen im Jahr 2004. Gemessen an den Besuchen pro Einwohner rangiert Österreich international im Spitzenfeld und gehört zu den Top-Ten der weltweit beliebtesten Reiseziele. Nach Erhebungen von Elmer und Wohnout führt Österreich in der EU mit 11,5 Übernachtungen pro Einwohner (Alexandra Elmer, Helmut Wohnout, 2005, S. 107). Österreich gehört gemeinsam mit Belgien, Luxemburg, Irland und Spanien zu den Ländern mit den stärksten Marktanteilsgewinnen in Europa, da es seinen Marktanteil um 4% im europäischen Tourismus durch die Steigerung der Tourismusexporte erhöhte. Insbesondere auf den Nahmärkten wie Deutschland, Tschechien, der Slowakei und Ungarn baute die österreichische Tourismuswirtschaft ihren Marktanteil aus. Im Jahr 2006 besuchten rund 32 Millionen Gäste Österreich, wobei sieben von zehn Touristen aus dem Ausland kamen, wobei Deutschland die führende Rolle unter den Österreichgästen einnimmt.

2.3. Außenhandel

Im Dienstleistungssektor Österreichs nehmen Tourismus, Handel und Bankwesen eine herausragende Stellung ein. Diese Branchen tragen maßgeblich zum Gesamtvolumen der Wirtschaftsleistungen bei und machten im Jahr 2004 einen Anteil von 67,1% am Bruttoinlandsprodukt (BIP) aus. Der Dienstleistungssektor zeichnet sich durch eine besonders dynamische Expansion aus und trägt kontinuierlich zur Schaffung neuer Arbeitsplätze bei. Der Handel stellt einen bedeutenden Wirtschaftszweig dar und trägt etwa 12,8% zum BIP bei. Besonders bemerkenswert ist die hohe Dynamik bei der Gründung neuer Unternehmen in diesem Sektor. Im Jahr 2004 beschäftigte der Handelssektor insgesamt 498.321 Mitarbeiter, wovon etwa 234.000 im Einzelhandel tätig waren. Die Anzahl der Bankstellen und

Kreditinstitute in Österreich zeigt seit 1992 einen rückläufigen Trend. Das Bankwesen hat sich im Laufe der Zeit von einer ursprünglichen Funktion zur Finanzierung absolutistischer Machthaber hin zu seiner heutigen Bedeutung entwickelt. Dieser Wandel wurde insbesondere durch Privatisierung und den Fall des Eisernen Vorhangs vorangetrieben. (Emmerich Tàlos, Elisabeth Horvath., 2000, S. 94)

Der Tourismus fungiert als bedeutender Beschäftigungsmotor und nimmt eine dominierende Position im internationalen Wettbewerb ein. Er trägt zusammen mit der Freizeitwirtschaft maßgeblich zur österreichischen Volkswirtschaft bei, indem er Aspekte wie Kultur, Geschichte, Landschaft, Sport und Betreuung kombiniert. Der direkte Anteil des Tourismus an der Wertschöpfung lag zuletzt bei 9,8%, wobei rund 40.000 Betriebe mit etwa 220.000 Beschäftigten in diesem Sektor tätig sind. Österreich verzeichnete einen kontinuierlichen Anstieg der ausländischen Gästeankünfte und erzielte im Jahr 2004 Einnahmen von rund 15 Milliarden Euro aus dem Tourismus. Infolgedessen positioniert sich das Land weltweit an siebter Stelle laut der Welttourismusorganisation (WTO) und zählt zu den tourismusintensivsten Ländern der Welt. Mit 28,5 Millionen Ankünften im Jahr 2003 und 117,2 Millionen Nächtigungen im Jahr 2004 verzeichnete der Tourismus in Österreich einen weiteren Aufschwung. Österreich führt innerhalb der EU mit 11,5 Übernachtungen pro Einwohner und gehört zu den Ländern mit den stärksten Marktanteilsgewinnen in Europa, insbesondere durch die Steigerung der Tourismusexporte. (Alexandra Elmer, Helmut Wohnout, 2005, S. 107)

Die Rahmenbedingungen und Handlungsspielräume der österreichischen Wirtschaftspolitik haben sich seit dem Beitritt zur EU am 1. Jänner 1995 grundlegend verändert; dies geschah durch den Binnenmarkt, die Einführung der gemeinsamen Europäischen Währung und die zunehmende Internationalisierung der Wirtschaft. Um ihre Wettbewerbsfähigkeit auszubauen, strebte Österreich im wirtschaftlichen Bereich die Privatisierung von staatseigenen Betrieben und Banken weiterhin an; außerdem die Liberalisierung des Telekom- und Energiesektors; sowie die Beseitigung staatlicher Monopole im Fernseh- und Hörfunkbereich. Es wurden Reformmaßnahmen hingenommen, um die österreichische Wirtschafts- und Budgetpolitik zu orientieren; daher wurde der öffentliche Haushalt konsolidiert. Darüber hinaus gab es zahlreiche Reformen, wie Verwaltungs- und Bildungsreformen; sowie Pensions- und Steuerreformen, die den Anforderungen gerecht wurden. All diese Reformmaßnahmen sind von großer Bedeutung, um auf dem gemeinsamen europäischen Markt zu funktionieren. Laut Elmer und Wohnout belegen aktuelle Zahlen, dass Österreich bei Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit, Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf und Beschäftigung besser als der Durchschnitt der Euroländer liegt. (Alexandra Elmer, Helmut Wohnout, 2005, S. 69)

Schlussfolgerung

Der vorliegende Artikel behandelt die österreichische Wirtschaft vor und nach dem EU-Beitritt und bietet wichtige Einblicke in den Aufschwung dieses Landes über einen bedeutenden Zeitraum. Vor dem EU-Beitritt, insbesondere in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, befand sich Österreich in einem Zustand wirtschaftlicher Instabilität und

Zerstörung. Durch die Hilfe von außen, insbesondere durch den Marshallplan, gelang es, die Wirtschaft schnell zu entwickeln und eine solide Basis für den Wiederaufbau zu schaffen. Österreich stützte sich dabei nicht nur auf externe Hilfe, sondern führte auch interne Reformen durch. Die Verstaatlichung großer Industriebetriebe spielte eine herausragende Rolle in diesem Prozess und schuf eine Grundlage für einen wirtschaftlichen Aufschwung. Nach dem EU-Beitritt im Jahr 1995 erlebte Österreich tiefgreifende strukturelle Veränderungen, darunter die Liberalisierung verschiedener Sektoren wie Telekommunikation und Energie sowie die Privatisierung von Banken und Industrien. Diese Reformen trugen dazu bei, Österreich zu einem der reichsten und hoch entwickelten Länder innerhalb der Europäischen Union zu machen, gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Die österreichische Wirtschaft zeichnet sich heute durch einen hoch entwickelten Dienstleistungssektor aus, wobei Tourismus, Handel und Bankwesen wichtige Wirtschaftszweige sind. Besonders bemerkenswert ist der Tourismussektor, der einen bedeutenden Beitrag zur Beschäftigung und zum Bruttoinlandsprodukt leistet und Österreich zu einem der tourismusintensivsten Länder der Welt macht.

Bibliographie

- Almsemari, Abdelfattah. (2022). Problems of the social development in the developing countries. *Langues & Cultures*. Volume 03. Numéro (01). P-ISSN: 2716-8093 E-ISSN: 2716-8212
- BPD Austria. (2000). *Les Faits et les chiffres*. Wien : Service de presse fédéral.
- Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten. (2002). *Außenpolitischer Bericht; Jahrbuch der österreichischen Außenpolitik*. Wien: Ballhausplatz 2, Gesamtreaktion und Koordination: Mag. Werner Brandstetter, Kommissionsverlag: MANZsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung.
- Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten. (2003). *Außenpolitischer Bericht; Jahrbuch der österreichischen Außenpolitik*. Wien: Gesamtreaktion und Koordination: Dr. Michael Schmidt, Evelin Jamek, Dipl. MTA Dagmar Hafner.
- Bundesministerium für auswärtige Angelegenheiten. (2004). *Außenpolitischer Bericht; Jahrbuch der österreichischen Außenpolitik*. Wien: Kommissionsverlag: MANZsche Verlags- und Universitätsbuchhandlung, Mag. Thomas Schlesinger, MSc, Mag. Elisabeth Reich.
- Bundesministerium für Europäische und internationale Angelegenheiten. (2009). *Vorhang auf, vom kalten Krieg zum geeinten Europa. Eine Publikation im Rahmen der Initiative: "Geteilt/ Geeint: 1989-2009- Aufbruch in ein neues Europa"*. Graz: Vehling von Hötendorfstrasse 121, Lektorat: Dr. Sabine Perthold. ISBN: 978-3-85333-162-0.
- Elmer, A., & Wohnout, H. (2005). *Österreich Konkret Zahlen & Fakten*. Wien: Bundespressedienst.
- Helmut Gassler. (2010). *Österreichische Forschungs- und Technologiebericht*. Wien. bm:wfw - Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und

Wirtschaft.

- Gröske, K. D., & Schneider, F. (2003). Wörterbuch der Wirtschaft (13. völlig neu bearbeitete Auflage). Stuttgart: Kröner Verlag.
- Mostefaoui, Aziz. (2021). The political and economic impacts of WWII on the Gold Coast of West Africa. *Langues & Cultures*. Volume 02. Numéro (01). P-ISSN: 2716-8093 E-ISSN: 2716-8212.
- News.at. (s.d.). Österreich als Empfänger des Marshallplans für den Wiederaufbau. Abgerufen von <http://www.news.at/articles/0723/10/175034/oesterreich-empfaenger-marshallplan-wiederaufbau> 11/07/2010. 14h: 10
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. (1986). Europa (9. Auflage). Bonn: Welckerstraße 11, 5300.
- Rauscher, M. (n.d.). Die Geschichte Österreichs: Kurzfassung für alle Auslandsösterreicher, speziell für die Jugend. Herausgegeben vom Weltbund der Österreicher im Ausland.
- Schule und Lernen Redaktion, Boldt, H., Prehl, H., & Umbach, D. C. (Hrsg.). (n.d.). Schülerduden, Politik und Gesellschaft (5. neue bearbeitete Auflage). Mannheim, Leipzig, Wien, Zürich: Dudenverlag.
- Schumann, G., Ostarek, M., & Delasasse GmbH, E. (2005). Europa Handbuch 2005/2006 (9. Aufl.). Wien: Carl Heymansverlag.
- Sofiane, Saliha. (2024). Anwendung terminologischer Konzepte zur Verknüpfung von Theorie und Praxis. *Langues & Cultures*. Volume 05. Numéro (01). P-ISSN: 2716-8093 E-ISSN: 2716-8212
- Statistik AUSTRIA. (2009). Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Hauptergebnisse 1977- 2008. Wien: Bundesanstalt Statistik Österreich, Verlag Österreich GmbH.
- Tálos, E. (2000). Das politische System in Österreich. Wien: BPD Austria.
- Tálos, E., & Horvath, E. (2000). Les Faits et les Chiffres. Horn (Basse-Autriche): Imprimerie Berger, publié par le Service de presse fédéral.
- Tömmel, I. (2006). Das politische System der EU (2. völlig überarbeitete Auflage). München, Wien: R. Oldenbourg Verlag.
- Weidenfeld, W. (2004). Europa Handbuch: Band 1 "Die Europäische Union- Politisches System und Politikbereiche" (3. aktualisierte und überarbeitete Auflage). Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Weidenfeld, W. (2004). Europa Handbuch: Band II "Die Staatenwelt Europas" (3. aktualisierte und überarbeitete Auflage). Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.

Biographie der Autorin

Yamina Nehal, Maître de conférences „A“ an der Fakultät für Fremdsprachen der Universität Oran 2, promovierte 2019 mit einer Dissertation über den Einfluss der Finanzkrise von 2008 auf die deutsche Wirtschaft. Ihre Forschung konzentriert sich hauptsächlich auf die Landeskunde sowie auf die Wirtschaft der deutschsprachigen Länder. Ihr akademischer Werdegang zeichnet sich durch einen präzisen und

gezielten Ansatz in der Erforschung der Landeskunde aus. Durch ihre regelmäßige Teilnahme an nationalen und internationalen Kolloquien und Seminaren konnte sie ihre Kenntnisse vertiefen, ihre wissenschaftlichen Netzwerke erweitern und stets auf dem neuesten Stand der Entwicklungen in ihren Fachgebieten bleiben. Darüber hinaus trägt sie aktiv zum wissenschaftlichen Fortschritt durch ihre wissenschaftlichen Publikationen und ihre Beteiligung an verschiedenen Forschungsprojekten bei.